



Stans, 1. September 2020

Pressemitteilung

Abstimmungsparolen vom 27. September 2020

Die SP Nidwalden hat die Abstimmungsparolen vom 27. September gefasst:

Steuergesetzrevision - JA zum konstruktiven Gegenvorschlag

Die SP lehnt die vom Landrat verabschiedete Steuergesetzrevision ab. Fast alle Kantone senken in den nächsten Jahren ihre Unternehmenssteuern. Nidwalden treibt das Steuerdumping schon fast in exzessiver Weise weiter an. 2025 werden Unternehmenssteuern weltweit nirgends so tief sein wie in Nidwalden. Nidwalden ist vor der Steuerreform schon die Nationale Nummer 1, Nidwalden will nach der Reform der internationale Steuerhotspot sein. «Dieser Wettbewerb ist ungesund und ruinös», sagt Landrat Daniel Niederberger. Im Ergebnis verstärkt der Steuerwettbewerb die Ungleichheiten, führt zu unverantwortlichem Leistungsabbau bei den staatlichen Grundleistungen und bremst Investitionen und Entwicklungen ab. Die Kantone sollten sich stattdessen auf eine gemeinsame Untergrenze bei den Unternehmenssteuern einigen. Die SP unterstützt einstimmig den Gegenvorschlag.

Ja zum Vaterschaftsurlaub

Die aktuelle Corona-Krise macht vielen erst bewusst, dass Familie heute eine gemeinsame Aufgabe ist. Sie zeigt aber vor allem, wie wichtig die gemeinsame Betreuungsarbeit für Familien ist. Der zweiwöchige Vaterschaftsurlaub ermöglicht es den jungen Vätern, direkt und von Anfang an in die Familienarbeit einzusteigen und die Beziehung zum Neugeborenen zu vertiefen. Die SP unterstützt einstimmig den zweiwöchigen Vaterschaftsurlaub.

Nein zum Kinderabzug-Bschiss!

Neu sollen die Kinderabzüge bei den direkten Bundessteuern von 6'500 auf 10'000 Franken pro Kind erhöht werden. Was verlockend tönt und als Familienförderung verkauft wird, ist reiner Steuer-Bschiss auf dem Rücken des Mittelstandes. Denn vom Kinderabzug-Bschiss profitieren in erster Linie Topverdiener-Familien. Familien mit tiefen und mittleren Einkommen werden übergangen: Jene Familien, die dringend auf Entlastung angewiesen wären, haben nichts von dieser Vorlage. Darum lehnt die SP die Vorlage einstimmig ab.

Nein zu überteuerten Kampffjets!

Die Schweiz braucht eine solide Luftpolizei. Die SP bekämpft jedoch die vorliegende Beschaffungsvorlage. Budgetiert sind für den Kauf maximal sechs Milliarden Franken. Dafür erhält die Schweiz 30 bis 40 neue Kampfflugzeuge. Die SP ist überzeugt, dass auch ein Dutzend leichtere Jets genügen, um den luftpolizeilichen Dienst sicherzustellen. Diese würden einen Bruchteil der Kosten verursachen. Solche Alternativkonzepte wurden nicht sorgfältig geprüft. Die SP lehnt darum das vorliegende Kampffjet-Geschäft klar ab.

Nein zur Kündigungsinitiative

Unter dem irreführenden Titel „Begrenzungsinitiative“ verlangt die SVP die Kündigung des Personenfreizügigkeitsabkommens mit der EU. Damit bringt sie die bilateralen Verträge mit der EU sowie die flankierenden Massnahmen zu Fall. Die SP setzt sich für gute und geregelte Beziehungen zu Europa und insbesondere zur EU ein und lehnt darum die Initiative klar ab.

Nein zum missratenen Jagdgesetz

Die SP sagt Nein zum Angriff auf den Artenschutz. Die Revision des Jagdgesetzes sieht vor, dass Biber, Luchs, Graureiher und viele mehr zukünftig schlechter geschützt sind. Der koordinierte und nachhaltige Artenschutz wird aufgespalten, indem Kompetenzen an die Kantone weitergegeben werden. Um diesen Rückschritt zu verhindern, lehnt die SP die Jagdgesetzrevision ab.

Sozialdemokratische Partei Nidwalden

Sekretariat / Administration

info@spnw.ch